

17.04.91

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen und
Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur
Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steuer-
änderungsgesetz 1991 - StÄndG 1991 -)

Punkt 3 der 628. Sitzung des Bundesrates am 19. April 1991

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu Artikel 8

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der geplanten Unternehmenssteuerreform davon Abstand zu nehmen, die Vermögensteuer auf Privatvermögen abzuschaffen.

Begründung:

Der vorliegende Entwurf des Steueränderungsgesetzes 1991 sieht in Artikel 8 vor, daß die Vermögensteuer für alle Steuerpflichtigen im Beitrittsgebiet nicht eingeführt wird.

Ausgeliefert am 18. APR. 1991

...

141/6/37

- 2 -

Der Bundesrat akzeptiert diese generelle Freistellung nur als eine vertretbare Übergangslösung, solange der Aufbau der Finanzverwaltung im Beitrittsgebiet eine ordnungsgemäße Durchführung der Vermögensteuerveranlagungen noch nicht möglich macht. .